

*Knack*: Verwaltungsverfahrensgesetz. Carl Heymanns Verlag. 8. Aufl. Köln 2004. 1.717 S. 148,- €.

Ganz gleich in welchem Bereich des Verwaltungsrechts man tätig ist, mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes wird man, jedenfalls mittelbar, nahezu immer konfrontiert werden. Nicht nur in Zweifelsfällen ist es dabei hilfreich, auf eine umfassende und auch gut lesbare Kommentierung zurückgreifen zu können. Die nunmehr anzuzeigende 8. Auflage des von *Knack* begründeten Kommentars zum Verwaltungsverfahrensgesetz spiegelt den im August 2003 festzustellenden Stand von Rechtsprechung und Literatur und wird, soviel sei vorweggenommen, dem oben genannten Anspruch an eine Kommentierung ohne weiteres gerecht.

Doch mehr als das, wer auf den *Knack* zurückgreift, liest sich im besten Sinne des Wortes manches Mal fest. Grund hierfür ist im Wesentlichen die von den fünf Autoren des Werkes gefundene Balance zwischen der Darstellung von Strukturen einerseits und der Ausleuchtung diffiziler Probleme des Verwaltungsrechts andererseits. Dies gilt für wissenschaftlich Interessierte gleichermaßen wie für diejenigen, die das Werk zur praktischen Arbeit zu Rate ziehen. So werden die durch die Schuldrechtsreform bezüglich des Verwaltungsverfahrenrechts aufgeworfenen Fragestellungen insbesondere von *Henneke* im Rahmen der Kommentierung der §§ 54 ff. in der gebotenen Form, also nicht weitschweifig, sondern präzise und mit der entsprechenden Umsicht dargestellt.

Ebenso hervorhebenswert ist die von *Dürr* bearbeitete Kommentierung des die Besonderen Verfahrensarten zum Inhalt habenden Teil V. des VwVfG. Aufgrund der zwischenzeitlich wiederum umfangreich ergangenen Rechtsprechung sowie der weitreichenden primär europarechtlich determinierten Änderungen des UVPfG, hatte hier die Notwendigkeit zu umfangreicher Aufarbeitung bestanden, was *Dürr* – nunmehr schon in gewohnter – anschaulicher und manchmal auch hintergründiger Weise (bspw. § 73 Rn. 74 f.) zugleich gelingt. Zu beanstanden ist es allerdings, wenn eine von der Rechtsprechung des *BVerwG* abweichende Auffassung nicht hinreichend kenntlich gemacht wird (so aber bei § 75, Rn. 50, wo auf ein Urteil des *OVG Koblenz* (UPR 2000, 152) abgestellt, ohne dass das die Entscheidung aufhebende Urteil des *BVerwG* genannt wird (BVerwGE 112, 221)). Angesichts dessen, dass dies – soweit im Rahmen einer Rezension feststellbar – insgesamt kaum vorkommt, wird jedoch hierdurch die Nutzbarkeit der Kommentierung nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Durch sein regelmäßiges Erscheinen ist gewährleistet, dass aktuelle Rechtsentwicklungen zeitnah nachgezeichnet werden. Alles in allem erweist sich der *Knack* daher als unentbehrliches Arbeitsmittel, auf das man stets gerne zurückgreift.

Rechtsanwalt Dr. Caspar David Hermanns, Düsseldorf/Herten